

THESEN ZUR INNEREN LAGE DER SCHWEIZ NACH DEM 6. FRÜHJAHRE.

1. Nach langen Jahren langsamem Anstiege erreichte die rückschrittliche Elite in der Schweiz in den ersten Kriegsjahren sprunghaft ihren vorläufigen Höhepunkt. In geschickter Ausnützung der durch die Siege des europäischen Faschismus geschaffenen internationalen Lage und der Schwäche der reformistisch und stalinistisch zersetzten Arbeiterbewegung ging die schweizerische Bourgeoisie bei Kriegsausbruch von der getarnten zur offenen Form ihrer Diktatur über ohne auf irgend welchen ernsthaften Widerstand zu stoßen. Auf Grund der dem Bundesrat am 30.8.39 vom Parlament einstimmig (bei Stimmenenthaltung der Stalinisten) erteilten Vollachten wurde das Land einer parlamentarisch bemäntelten, bürokratischen Diktatur vom Militär-Polizeitypus unterstellt.

Höhepunkt der Reaktion entsprach der Tiefstand der Arbeiterbewegung. Er ist charakterisiert durch die Isolierung der Burgfriedens- und Zusammenarbeitspolitik, je den völligen Übergang auf die reaktionärsten Positionen der Bourgeoisie, durch die reformistische Führung; die völlige Desorientierung des Stalinismus als Folge des Stalin-Hitler-Paktes und die darauf folgende, praktisch vollständige Ausschaltung der Stalinpartei durch Verbotsmassnahmen (mit Ausnahme der welschen Schweiz, wo die P. ihre Tätigkeit illegal aufrechterhalten konnte); die Liquidierung der winzigen, revolutionären Organisation durch ein Militärstrafverfahren; und durch die Durchdringung fast der Gesamtheit der kleinbürgerlichen und proletarischen Massen mit der Ideologie der nationalen Einheit.

2. Die der Arbeiterklasse und Teilen des Kleinbürgertums auferlegten Kriegsentbehrungen, vor allem aber die Niederlagen Hitlerdeutschlands, die Siege der roten Armee und schliesslich der Sturz Mussolinis, führten zu einer Stimmungsumschwung bei den Massen, zu einer gewissen Radikalisierung und Entwicklung nach links, die im wesentlichen im wiedererwachten reformistischen Illusionen bei den sozialdemokratischen, in einer blinden Hoffnung auf die Sowjet-Union bei den ehemals stalinistischen und bei unpolitischen Arbeitern (die rote Armee wird es schaffen, sie wird uns den Sozialismus bringen) bestand, ausnahmsweise jedoch bis zum Besetzen revolutionärer Positionen fortschritt. Die Auswirkungen dieser Entwicklung zeigten sich in einer Zunahme der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften, einer Zunahme der sozialdemokratischen Wähler bei allen kantonalen und gesamtschweizerischen Wahlen seit 1943, einer wiedererwachenden Aktivität der Stalinisten, die nach ihrer Legalisierung unter dem Namen Partei der Arbeit (Anfang 1944) in kurzer Zeit zur Massenpartei wurden und erhebliche Wahlerfolge errangen, und -Mussolini nicht sichtbar- in einer etwas verbreiteten Aktionsmöglichkeit der proletarischen Revolutionäre.

3. Verglichen mit der Entwicklung Gesamteuropas, mit der Entwicklung der Schweiz, Arbeiterbewegung im letzten Krieg, hat der vorstehend skizzierte Zug nach links ein bisher ausserordentlich langsames Tempo angenommen. Noch verfügen in allen kantonalen Parlamenten und Regierungen (mit Ausnahme von Basel-Stadt) die Parteien der Bourgeoisie über eine solide Mehrheit und in verstärktem Masse gilt dies für die eidgenössischen Behörden. Ein direktes Eingreifen der Massen in die politische Entwicklung ist erst in den letzten Monaten im Zusammenhang mit der sogenannten Ausräumung der Schweiz von faschistischen und nazistischen Elementen gelegentlich vorgekommen, indem in mehreren Städten Häuser bekannter Nazis anlässlich von Massendemonstrationen demoliert wurden. Diese Aktionen beschränkten sich aber vielfach auf halbwegsige, ohne die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit zu erfassen.

Arbeiterbewegungen bildeten während des ganzen Krieges eine Seltenheit; im Laufe des letzten halben Jahres hat ihre Häufigkeit zugenommen, doch nahmen sie bisher selten beträchtlichen Umfang an. Wenn daher ein bürgerlicher Journalist in einem Rückblick auf das Jahr 1944 die "ruhige Stetigkeit der Entwicklung" als wesentliches Kennzeichen der innenpolitischen Lage hervorhebt (Basler Nachrichten 30.12.1944), so kann man dieser Charakterisierung beipflichten und mit einiger Einschränkung auch für das erste Semester 1945 gelten lassen. Im Gegensatz zu einer Reihe von europäischen Ländern ist die Machtposition der Bourgeoisie in der Schweiz noch nicht unantastbar bedroht, ja ausserlich kaum angetastet.

4. Die Gründe für die aufgezeigte politische Stabilität sind verschiedener Natur.

a) Das Fehlen einer Grubenindustrie und einer hochkonzentrierten Schwerindustrie, die Verstreuung der Fabriken und der Fabrikarbeiter über das ganze Land (nur 1/7 der Fabrikarbeiter arbeitet in Städten mit über 100.000 Einwohnern, die grosse Mehrheit in ländlichen Gemeinden) und der daraus resultierende bäuerlich-kleinbürgerliche Einfluss, der relativ hohe Lebensstandard der städtischen Arbeiter, -ermöglicht durch Extraprofite aus dem Kapital-exportgeschäft- und entsprechende kleinbürgerliche Entartung der Arbeiteraristokratie, kleinstädtische Verhältnisse, bilden objektive Gründe für die relative Rückständigkeit der schweiz. Arbeiterbewegung. Sie hinderten jedoch nicht, dass während des letzten Weltkrieges schon 1917 eine kräftige revolutionäre Entwicklung einsetzte, gekennzeichnet durch sprunghaftes Emporschnellen der Streiksiffer, antimilitaristische Agitation und Aktionen usw., die schliesslich im Landesgeneralstreik und in einem, zwar mit ungenügenden Mitteln unternommenen, Versuch zur Machtübernahme durch die Arbeiterklasse gipfelte.

b) Die wesentlichen, und im Vergleich zum letzten Weltkrieg teilweise neuen Momente waren die folgenden:

Der von der Einkreisung, durch Hitlerdeutschland herrührende Druck, der ein Hindernis für den Klassenkampf der Unterdrückten, einen Vorteil für die Bourgeoisie darstellte.

Die gute Wirtschaftslage, das Fehlen von Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung, der im Vergleich zu den umliegenden Ländern relativ hohe Lebensstandard der Massen.

Die geschickte Politik der Bourgeoisie, die ihre ständige wirtschaftliche und politische Offensive gegen Proletariat und Kleinbürgertum mit aktiver Hilfe der reformistischen Führer ausgezeichnet zu tarnen verstand, und die sich fähig zeigte, die elementarsten Lebensbedürfnisse der Massen an Nahrung und Kleidung zu erfüllen.

Die Schwäche der Arbeiterbewegung infolge des Fehlens einer revolutionären Partei.

5. Heute sind die Voraussetzungen für die politische Stabilität teilweise geschwunden oder im Schwunde begriffen, die Lage der Bourgeoisie wird wachsend kritischer. Sie sieht sich auf nahe Sicht einer ernsthaften industriellen Krise aus Rohstoffmangel (Kohlen) gegenüber, auf weite Sicht der erdrückenden Konkurrenz der angelsächsischen Kapitalisten. Die Möglichkeit, ihre offene Diktatur als "vom Volk gebilligte", kriegsbedingte Notmassnahme darzustellen, ist vorbei. Um ihr weiterhin ein parlamentarisch-demokratisches "Mantelchen umhängen zu können, wären angesichts der Massenentwertung ernsthafte politische und wirtschaftliche Konzessionen an Teile des Kleinbürgertums und der Arbeiterklasse nötig (Lebensversicherung, Preiserhöhungen für landwirtschaftliche Produkte, Lohnerhöhungen etc.), die den Profit und die internationale Konkurrenzfähigkeit des schweizerischen Kapitalismus in Mitleidenschaft ziehen würde. Diese Lage spiegelt sich in der andauernden "Verfassungskrise", d.h. der Unmöglichkeit für die Bourgeoisie zu den verfassungsmässigen Regierungsmethoden mit ihren direkten Volksbefragungen zu-

Rückzukehren. Selbst im Parlament sah sich der Bundesrat während der diesjährigen Frühjahr- und Sommersessionen in einer Reihe von Fragen (Milchpreise, Solderrhöhung in der Armee, Staatsschutzgesetz, Nichtabbau des Vollmachtenregimes etc.) einer nach Konzessionen drängenden Opposition reformistischer, bürgerlicher und linkskapitalistischer Parlamentarier gegenüber.

Weitere Schwierigkeiten erschaffen der Bourgeoisie aus ausserpolitischen Gründen. Die von ihr während des Krieges aus Klassennotwendigkeiten und Klassensolidarität verfolgte pre-faschistische und antisowjetische Politik bietet einen starken Hebel zur Entlarvung der Reaktionsären, gesellschaftlicher Rolle auch der schweizerischen Kapitalistenklasse. Ferner gibt sie dem angelsächsischen Imperialismus einen willkommenen Verwand, die Schweizerbourgeoisie mit dem Ziel der Einverleibung in sein ökonomisches System unter Druck zu setzen.

6. Die Bourgeoisie verfolgt in dieser widerspruchsvollen Lage folgende Politik:

Aussenpolitisch sucht sie um den Preis bedeutender Konzessionen eine Stütze im angelsächsischen Kapitalismus zu finden, ohne verläufig jedoch bereit zu sein, ihre Unabhängigkeit völlig aufzugeben.

Innenpolitisch versucht sie einerseits durch Entgegenkommen an bestimmte, kleinbürgerliche und kleinkapitalistische Schichten (Bevollzugspflicht, neue wirtschaftsaffektive) diese vom übrigen Kleinbürgertum und vom Proletariat zu trennen, andererseits durch geringfügige Konzessionen und scheinde-mokratischen Massnahmen (Ereinnahme eines Sozialdemokraten in den Bundesrat, Aufhebung der Parteienverbote, Bewilligung von Zeitungen der PDA, Aufhebung des Grossteils der Pressensensurvorschriften, Verlängerung der Frist für die Einweisung in Arbeitsdetachements bei Arbeitslosigkeit, Abschaffung der Arbeitsdienstpflicht etc.) der kleinbürgerlich-demokratischen und proletarischen Opposition den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Während sie damit ausserlich einen bedeutenden Schritt von der offenen Form ihrer Diktatur zurück zur getarnten getan hat, versucht sie gleichzeitig von den gesetzlichen Grundlagen der ersteren, die sie anfang des Krieges so leicht eroberte, möglich viel in die Nachkriegszeit herüberzuschaukeln, nachdem sie mit dem Staatsschutzgesetz (vom 27.2.45) die letzten Lücken in der Gesetzgebung gegen die freie Meinungsäusserung geschlossen hat. So sind z.B. die wesentlichen Bestimmungen des Schutzhaftgesetzes (vom 4.8.42) noch voll in Kraft, obwohl das Gesetz bei der Aufhebung des Aktivdienstzustandes (20.8.45) formell aufgehoben wurde! Tatsächlich hat die Bourgeoisie von ihren ökonomischen und politischen Positionen noch keine einzige von Bedeutung aufgegeben. Sie sucht Zeit zu gewinnen (Verschiebung der Debatte über den Abbau der Vollmachten auf die Herbstsession der Bundesversammlung!) in der Hoffnung, die innen- oder aussenpolitische Entwicklung werde ihr erlauben, den bisherigen Kurs noch weiterzuführen.

Vor allem aber sucht sie ihr wesentliches Machtinstrument, die Armee, zu konservieren und auszubauen. Um die Armee reformpläne der schweiz. Offiziersgesellschaft (1 jährige Rekrutenschule etc.) ist es zwar für den Moment, angesichts der Reaktionen in der Öffentlichkeit still geworden und Bundesrat Kobelt erklärte am 15. Mai 45 vor dem freisinnigen Parteitag: "Die öffentliche Diskussion von Armee reformplänen ist heute verfrüht". Dafür wurden aber etwa ein Drittel der die Armee betreffenden Pressensensurbestimmungen bisher in Kraft gelassen, das politische Leben in der Armee wird weiterhin nach Kräften behindert und für den Fall, dass die Gruppe für ihre Zwecke doch nicht voll zuverlässig sein sollte, hat die Bourgeoisie seit langem die Heerespolizei zu einer schwer bewaffneten, vollmotorisierten Eliteeinheit ausgebaut.

Die Bourgeoisie verfügt also nach wie vor über alle juristischen und machtmässigen Grundlagen zur offenen und brutalen Ausübung ihrer Diktatur. Sie wird wenn nötig und möglich den parlamentarisch-demokratischen Anteil, der diese Tatsache verschleiert, von einem Tag zum andern wieder abwerfen.

Das Proletariat hat zahlenmässig beträchtlich zugenommen, gleichzeitig wurde die Differenzierung in qualifizierte und unqualifizierte Arbeiter, in Arbeiter und Angestellte durch eine weitgehende "Gleichschaltung" auf der Basis des Lohnminimums vermindert, wodurch die Grundlage für gemeinsame Klassenaktionen geschaffen wurde. Vor allem aber ist eine Änderung in der Stellung und Haltung des Kleinbürgertums im Vergleich zum letzten Krieg festzustellen. Das städtische Kleinbürgertum hatte unter den Auswirkungen der Mobilisation und der Teuerung wirtschaftlich durchschnittlich ebenso oder mehr zu leiden als das Proletariat. Gleichzeitig war es (zusammen mit den Kleinrentalisten) einer ständigen, unter dem Deckmantel der "Kriegswirtschaft" geführten, direkten Offensive der Monopolbourgeoisie unterworfen.

Das Kleinrentalium konnte sich während des Krieges wirtschaftlich etwas erholen, aber um den Preis einer enormen Heberarbeit im Bereich des "Mehranbaus". Die Erfahrungen des letzten Krieges und die bereits aufgetretenen Anzeichen für eine Lenkung der Politik der Bourgeoisie in der Agrarfrage haben vielen Bauern die Augen geöffnet, dass sie nach diesem Krieg wieder die Gepeinigten sein werden. Die Stimmung auf dem Lande ist entsprechend verbittert, vor allem in der Innerschweiz. Mitentscheidend für den Ausgang der Nachkriegsentwicklung wird sein, ob sich diese Verbitterung gegen die Bourgeoisie oder gegen die Arbeiterschaft wenden wird. Die meisten "Bauernführer" (meist grosse Mittel- und Grossbauern) versuchen die Bauern in die zweite Richtung zu drängen, doch fehlen auch andere Stützen nicht.

Von der richtigen Politik der Arbeiterklasse wird es abhängen, auf welche Seite sich die Kleinbürgerlichen, ausgebeuteten Schichten schließlich stellen werden.

Die Möglichkeit, sie auf die Seite des Proletariats zu ziehen und damit eine der Vorbedingungen für die Machtübernahme durch dieses zu schaffen, ist ganz bedeutend günstiger als 1918. Es gilt, sie zu nützen.

8. Aus der in den vorstehenden Abschnitten skizzierten Lage ergeben sich als wichtigste Schlussfolgerungen in bezug auf unsere Tätigkeit folgende allgemeinen Richtlinien:

a) Das vorläufige Fehlen der juristischen Grundlagen für schwerste Unterdrückung revolutionärer Tätigkeit zwingt die revolutionäre Sache vor zu äusserster Vorsicht. Das momentane Aufhören der politischen Verfolgungen ist kein Grund zu Complaisance.

b) Die vollständige Rückkehr der Bourgeoisie von der offenen zur getarnten Form ihrer Diktatur würde die Bewegungsmöglichkeiten der proletarischen Revolutionäre stark erweitern. Die vollständige Aufhebung der Vollmachten, die Rückkehr zu der verfassungsmässigen Regierungsmethode bleibt eine der zentralen Lösungen der unmittelbaren Zukunft. Dabei muss im Auge behalten werden, dass auch nach völligen Abbau des Vollmachtenregimes die Bourgeoisie im neuen Strafgesetzbuch eine starke Waffe zur Bekämpfung revolutionärer Tätigkeit - sei sie auch nur propagandistischer Natur - in Händen hält.

c) Die teilweise Aufhebung der Diktaturgesetzgebung der Kriegszeit schafft Möglichkeiten zur Schaffung eines legalen Sprachrohrs der MAS. dessen Notwendigkeit ist heute, angesichts der wachsenden Bereitschaft vorgeschrittener Arbeiter, auf uns zu hören, besonders gross. Das dieses Organ nicht alles sagen kann, ist im Kauf zu nehmen. Seine notgedrungen unvollständigen Stellungnahmen müssen durch spontane Ergänzungen berichtigt werden.

9. Zu den Aufgaben dieses Organs gehören neben der Propaganda und der unter 8b angeführten Lösungen u.a.:

a) Erörterung und Propagierung eines sozialistischen Machtprogramms im Zusammenhang

aa) mit dem Programm "Neue Schweiz" der MAS

bb) mit der neu auflebenden Diskussion um die Teil- oder Totalrevision der Bundesverfassung. Diese bietet u.a. die Möglichkeit, Vorschläge für

einen grundsätzlich neuen Staatsaufbau (nach dem Räteprinzip) legal in die Diskussion zu werfen.

b) Erörterung und Propagierung eines sozialistischen Aktionsprogramms im Zusammenhang

aa) mit der gegenwärtigen Lage (Arbeitslosigkeit, Schwarzhandel, Teuerung etc.)

bb) mit den Nachkriegsproblemen (Altersversicherung, Arbeitsbeschaffung usw.)

Wobei ist vor allem auch die richtige Politik gegenüber dem nichtausbeutenden Kleinbürgertum wesentlich.

Als zentrale Lösung des Aktionsprogramms ist die Forderung nach einer kapitalistenfreien Regierung anzusehen, die im geeigneten Zeitpunkt erhoben werden muss.

c) Gleichzeitig ist der Übergang zu weitergehenden Lösungen propagandistisch vorzubereiten. Hierzu gehört vor allem die Aufdeckung von Aufbau und Funktion des bürgerlichen Staatsapparats und die Kritik an demselben. Die heute nach Aufhebung der Zensur langsam bekanntwerdenden Tatsachen betreffend die Zensur, die Behandlung der Flüchtlinge (vor allem der Russen), die Informationspolitik der Behörden (im Falle Edde Ciano, der Papierknappheit, des Kasseports etc.), die nicht vorankommende Räumung und anderes bilden dazu ausgeseret günstige Anlässe.

d) Die Möglichkeit zur legalen Tätigkeit im skizzierten Sinn hängt ausser von der allgemeinen Lage (gesamteuropäische Entwicklung) auch mit von unserer Fähigkeit ab, das, was wir wollen, in einer Sprache zu erklären, die nicht durch allzu bekannte marxistische Fachausdrücke die Aufmerksamkeit der bürgerlichen Polizei geradezu provoziert. Die Möglichkeit von Verbot oder gerichtlicher Verfolgung des Organs ist natürlich trotzdem stets vorhanden und muss in Kauf genommen werden.